

BEBAUUNGSPLAN NR. 16
"PRINZENWEG ERWEITERUNG"
GEMEINDE BAWINKEL
Landkreis Emsland

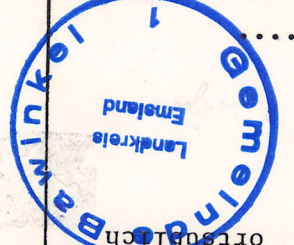
URSCRIFT

Das Verfahren dieses Bebauungsplanes wird nach dem Wohnungsbau-Erleichterungs-

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **23.08.91** die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Abs. 1 BaUGB am **16.09.91** ortsüblich bekanntgemacht.

Bawinkel, den **22.7.92**

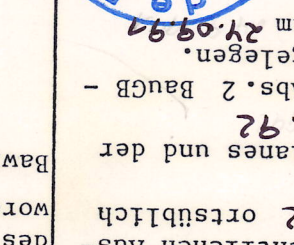


Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BaUGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom **13.02.92** bis **27.02.92** gemäß § 3 Abs. 2 BaUGB - Maßnahmen G öffentlich ausliegen.

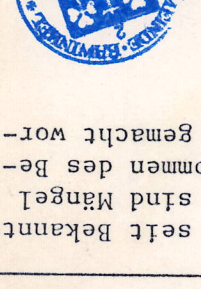
Der Erörterungstermin hat am **24.09.91** stattgefunden.

Bawinkel, den **22.07.92**



Innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Bawinkel, den **16. AUG. 2023**



Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet durch das
 Osnabrück, den **7.1.1992**

Bürgermeister

Bürgermeister

PLANUNGSBÜRO DR. HARTMUT SCHOLZ
 Nikolaiort 1-2 - 4500 Osnabrück
 Tel. (0541) 22257

[Handwritten signature]

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WA Allgemeine Wohngebiete

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

0,4 Geschosflächenzahl
 0,4 Grundflächenzahl

I Zahl der Vollgeschosse
 (als Höchstgrenze)

BAUWEISE, FAUCENZENZEN

o Offene Bauweise
 Nur Einzel- und Doppelhäuser
 zulässig
 ED

VERKEHRSPFLÄCHEN

Streifenbegrenzungslinie (auch gegenüber Verkehrsflächen besond. derer Zweckbestimmung)
V Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 Verkehrsberuhigter Bereich
F Fußweg
R Radweg
 Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

GRÜNFLÄCHEN

Grünfläche öffentlich
SP Spielplatz
PF Pflanzung

LANDSCHAFT
 PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ UND ZUR ENTWICKLUNG DER LANDSCHAFT

Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
 Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern

SONSTIGE PLANZEICHEN

Abgrenzung unterschiedlicher Stellung der baulichen Anlagen
 Grenzlinie des räumlichen Geltungsbereichs

Sticht Winkel (Hinweis)

Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (LärmSchutzwall Höhe mind. 2,50 m)

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BaUGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Kapitel XIV des Einigungsvertragsgesetzes vom 31.08.1990 (BGBl. II S. 885 ff)

Im Planungs- und Baurecht sowie zur Änderung miteinander Vorschriften (Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz vom 17.05.1990 (BGBl. I S. 926) und der § 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) 1. d. F. vom 06.06.1986 (Nds. GVBl. S. 157), zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 07.11.1991 (Nds. GVBl. S. 295 ff und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Artikel IV des Gesetzes vom 07.11.1991 (Nds. GVBl. S. 295 ff), hat der Rat der Gemeinde diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen sowie den folgenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, in der Sitzung am

Stellung der baulichen Anlagen (Hauptfestsichtigung)

Bawinkel, den **21.6.92**

Bürgermeister

Bürgermeister

1. Gemäß § 31 (1) BaUGB kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde eine Ausnahme von der festgesetzten Stellung der baulichen Anlagen zulassen. Die Abweichung muß dabei genau 90 Grad betragen.

1. Die Höhe des fertigen Erdgeschosfußbodens darf, gemessen von Oberkante Mitte fertiger Straße bis Oberkante fertiger Erdgeschosfußboden, in der Mitte des Gebäudes an der Straßenseite 0,50 m nicht überschreiten.

2. Die Gebäudehöhe, gemessen an der Traufenseite von Oberkante fertiger Erdgeschosfußboden bis zum Schrittpunkt der Außenkante des aufstehenden Außenmauerwerks mit der Dachhaut, darf 3,50 m bei eingeschossigen Gebäuden nicht überschreiten.

3. Die Gebäudehöhe, gemessen an der Traufenseite von Oberkante fertiger Erdgeschosfußboden bis zum Schrittpunkt der Außenkante des aufstehenden Außenmauerwerks mit der Dachhaut, darf 3,50 m bei eingeschossigen Gebäuden nicht überschreiten.

4. Bei den Einzelbäumen und in den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind nur Landschaftsgerechte heimische Gehölze gemäß Begründung zulässig.

Gestalterische Festsetzungen

1. Die Dachausbildung muß als Sattel-, Walmt- oder Krüppeldach im Dachstuhl erfolgen. Garagen gem. § 12 NBauO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO können insgesamt bis zu einer Grundfläche von 60 m² auch mit Flachdach errichtet werden.

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte

Landkreis Emsland
Gemarkung: Bawinkel
Gemarkung: Bawinkel
Flur : 2
Maßstab : 1 : 1000

Verpflichtung nur für eigene, nichtverwerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4, § 19 Abs. 1 Nr. 4 Nieders. Vermessungs- und Katastergesetz vom 27.7.1985, Nieders. GVB1 S. 187)

Antragsschub Nr. A 5016/91

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt der Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 08.07.91)

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeiten ist einwandfrei möglich.

Längen, den
Katasteramt Meppe
Außenstelle Lingen/MS
(L S)

HINWEISE:

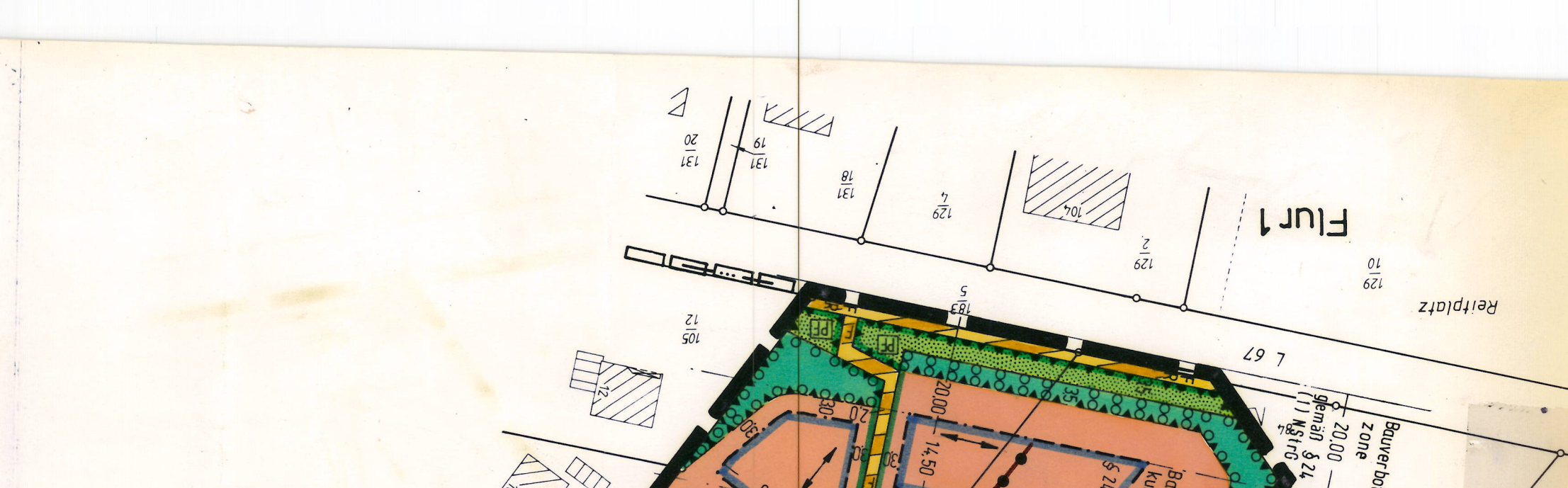
Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind. Es wird gebeten, die Funde unverzüglich einer Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege zu melden.

Bei eventuellen Tieferarbeiten ist auf die vorhandenen Versorgungsleitungen in der Nähe von Versorgungsleitungen zu achten, die verlegt werden, Schachtarbeiten in der stärke zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden.

Von den Eigentümern neu ausgewiesener Baugrundstücke sowie bei Neu- oder Umbauten Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes, soweit Emissionen von der Landesstraße 67 ausgehen, geltend gemacht werden.

Die im Merkblatt - Feuerwahrzuträfen / Löschwasserzuträfen - des Landkreises Emsland aufgeführten Maßnahmen sind bei der Bauausführung zu beachten.

BP NR. 9
"PRINZENWEG.."



PLANZEICHENERKLÄRUNG

- WA** Allgemeine Wohngebiete
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
- GESCHÖRFLÄCHENZAHL**
- 0,4** Grundflächenzahl
- I** Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)
- BAUWEISE, RAUFGRENZEN**
- o** Offene Bauweise
- ED** Nur Einzel- und Doppelhäuser
- zuzulässig**
- BAUGRENZE**
- VERKEHRSPFLÄCHEN**
- (Hauptfährtrichtung)**
- Stellung der baulichen Anlagen**
- Verkehrsmittelbestimmung**
- Verkehrsberechtigter Bereich**
- F** Fußweg
- R** Radweg
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt**

- GRÜNFLÄCHEN**
- Grünfläche öffentlich**
- Spielflätz**
- Pflanzung**
- SOBSTIGE PLANZEICHEN**
- Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern**
- Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern**
- Stichtinckel (Hinweis)**
- Bereich**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs**
- Stächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Lärmschutzwall Höhe mind. 2,50 m)**

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetz-

buches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Kapitel XIV des Fünfundsechzigsten Gesetzes vom 31.08.1990 (BGBl. I S. 885 ff) und dem Gesetz zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungsbereich sowie zur Änderung mittelrechtlicher Vorschriften (Wohnungsbaue-Errichtungs-gesetz vom 17.05.1990 (BGBl. I S. 926) und der § 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung (NBau) i. d. F. vom 06.06.1986 (Nds. GVB1. S. 157), zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 07.11.1991 (Nds. GVB1. S. 295 ff), zuletzt geändert durch Artikel IV des Gesetzes vom 07.11.1991 (Nds. GVB1. S. 295 ff), hat der Rat der Gemeinde diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen sowie den folgenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung, in der Sitzung am 24.09.91 als Satzung beschlossen.

1. Gemäß § 31 (1) BauGB kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde eine Ausnahme von der festgesetzten Stellung der baulichen Anlagen zulassen. Die Abweichung muß dabei genau 90 Grad betragen.
2. Die Höhe des fertigen Erdgeschloßfußbodens darf, gemessen von Oberkante Mitte fertiger Straße bis Oberkante fertiger Erdgeschloßfußboden, in der Mitte des Gebäudes an der Straßenseite 0,50 m nicht überschreiten.
3. Die Gebäudehöhe, gemessen an der Traufenseite von dem gegenüberliegenden Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.
4. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.
5. Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.
6. Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 24.09.91 als Satzung beschlossen.

BEBAUUNGSPLAN NR. 16
"PRINZENWEG ERWEITERUNG"
GEMEINDE BAWINKEL
Landkreis Emsland

Das Verfahren dieses Bebauungsplanes wird nach dem Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz durchgeführt.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 27.08.91 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluß ist gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 Kennlich gemachten Teile sind auf Antrag mit Maßgaben gemäß § 2 Abs. 1 Kennlich gemacht worden. Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für den Bebauungsplan ist gem. § 12 BauGB am 15.09.91 im Amtsblatt für den Landkreis Emsland bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 15.09.1991 rechtsverbindlich geworden.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 13.02.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.91 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 24.09.91 als Satzung beschlossen.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

PLANNUNGSBEREITUNG

Bez. Reg. Weser-Ems
Gidenburg, den 21.08.92

von der Genehmigung ausgenommen.
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Kenntlich gemachten Teile sind auf Antrag mit Maßgaben gemäß § 2 Abs. 1 Kennlich gemacht worden. Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für den Bebauungsplan ist gem. § 12 BauGB am 15.09.91 im Amtsblatt für den Landkreis Emsland bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 15.09.1991 rechtsverbindlich geworden.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 13.02.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 24.09.91 als Satzung beschlossen.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 16.08.2023 als Satzung beschlossen.

BauGB - Maßnahmen G - beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wird ortsbüchlich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 24.09.92 bis 27.02.92 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB - Maßnahmen G - öffentlich ausgelegt.

PLANNUNGSBEREITUNG
DR. HARTMUT SCHOLZ
Nikolaikirche - Kalkbrennerei
Tel. (0541) 22257